

Die Aufhebung der deutschen Teilung begann in Polen

Der Papst und der Zerfall des Sowjetimperiums

Paul Verbeek

Als die Mauer in Berlin am 9. November 1989 gefallen war, die Bilder von den Deutschen aus Ost und West, die in Stunden rauschender Freude friedlich zusammenkamen, um die Welt gingen, hielt diese Welt den Atem an. Ein Jahrhundertereignis war es. Mit einem Gemisch von Hoffnung und Sorge, ob die sowjetischen Panzer nicht wieder rollen würden, schaute die Welt zu. Im Rückblick können wir uns beruhigt zurücklehnen. Deutschland vereinte sich. Ein halbes Wunder aber war es, dass alles so friedlich verlief.

Um das Wendewunder ein wenig aufzuhellen, muss aber noch einmal zehn Jahre weiter zurückgegriffen werden: zu den Endsiebzigerjahren, den Umwälzungen, die zu jener Zeit in Polen stattfanden. Die ersten Risse in den Fundamenten des Sowjetimperiums zeigten sich nach der Wahl des Krakauer Kardinals Karol Wojtyla zum Papst der römischen Kirche im Oktober 1978 und dessen erstem Besuch in seiner Heimat im Juni 1979. Der darauf folgende friedliche Volksaufstand gegen das marxistisch-leninistischer Herrschaftssystem durch die Gewerkschaft Solidarität brachte die Gesamtentwicklung zum Umkippen. Um zu verstehen, wie es dazu kam, muss drei Fragen nachgegangen werden: Wie war die Lage im

Sowjetimperium und in der Ost-West-Rivalität, als der neue Papst auf die Weltbühne trat? Mit welcher Botschaft wirkte der Papst in diese Lage hinein? Was waren die Folgewirkungen für den Bestand des Sowjetimperiums?

Am Tag der Papstwahl herrschte an den Fronten der Ost-West-Rivalität in Europa äußere Ruhe. Jahre waren vergangen, seit die Sowjetunion die Aufstände gegen ihre Herrschaft in Osteuropa niedergeschlagen hatte: 1953 in der Sowjetzone Deutschlands, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR. Die Versuche der Sowjetunion, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, waren sämtlich schon vor Jahren an deren Widerstand gescheitert. Die Kubakrise von Oktober 1962 hatte Ost und West gelehrt, miteinandervorsichtiger umzugehen. In Moskau und Washington hatten ab Mitte der sechziger Jahre Vorstellungen einer gemeinsamen Weltverantwortung die Oberhand gewonnen. USA und Sowjetunion unterließen es zwar nicht, sich in der Weltpolitik, wo sie es nur konnten, Knüppel zwischen die Beine zu werfen, aus dem Kalten Krieg war aber doch ein „kalter Stellungskrieg“ geworden, in welchem über nahezu alles verhandelt wurde, das sich anbot: Abrüstung, Wirtschaft, Menschenrechte. Ein großer Fortschritt: denn

miteinander sprechen ist immer besser, als einander zu bedrohen. Das Forum, auf dem die wesentlichen nichtmilitärischen Gesprächsinhalte verhandelt wurden, war der KSZE-Prozess – eine Mammutveranstaltung, die in Helsinki am 3. Juli 1973 mit einer Regierungskonferenz von 33 europäischen Teilnehmern sowie den USA und Kanada begann.

Der KSZE-Prozess war kein Terrain für die Verwirklichung abstrakter ideologischer Weltsichten, die ja in Geschichtsentwicklungen bekanntlich nur Monokausalitäten erkennen wollen, für die Gegenwart stets fertige Rezepte zur Hand haben und, was die Zukunft angeht, bei Utopien enden. Die westliche Politik durfte die Wertvorstellungen, die ihrem eigenen, freiheitlich-demokratischen Verständnis zugrunde lagen, nicht verleugnen. Zu Recht sagte so der amerikanische Außenminister Shultz am 18. Januar 1985 vor dem KSZE-Forum:

„Die Vereinigten Staaten erkennen die Rechtmäßigkeit dieser künstlich auferlegten Teilung Europas nicht an. Diese Teilung ist der Kern des Sicherheitsproblems und der Menschenrechtsprobleme, und wir alle wissen das.“

Konsequenterweise verlangte Reagan von Gorbatschow am 12. Juni 1987 in Berlin den Abriss der Mauer, erinnerte Bundeskanzler Kohl immer wieder an das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und ihren Anspruch auf friedliche Wiedervereinigung.

Doch dies war nicht alles. Es ging auch um Frieden, um Zusammenarbeit, um menschliche Erleichterungen. Erst die Kombination dieser verschiedenen, Widersprüche und Zielkonflikte nichtscheuenden Haltungen brachte den Erfolg. Sichtbarster Ausdruck war der von Bundeskanzler Schmidt geforderte NATO-Doppelbeschluss vom

12. Dezember 1979, der die verschiedenen Elemente der westlichen Politik in sich vereinte: Selbstbehauptung und Nichtunterwerfung unter die von der sowjetischen Raketenübergrößtung ausgehende Bedrohung – zugleich aber Verhandlungsbereitschaft. Dem US-Präsidenten Reagan ist es wohl in erster Linie zu danken, dass die westliche Allianz an der in dem Nachrüstungsbeschluss sichtbar gewordenen prinzipiellen Orientierung ihrer Politik festhielt.

Der KSZE-Prozess erschien manchen Beobachtern wie ein nutzloses „Reden aus dem Fenster heraus“. Dieses wäre ein Irrtum. Denn es gab machtvolle Veränderungen, die unter den Oberflächen ihre Wirkungen zu entfalten begannen, wie Spannungen in Gesteinsschichten, die ein Erdbeben vorbereiten. Mentalitäten begannen sich zu ändern, Überzeugungen, die die Spannungen zwischen den Machtblöcken geschaffen hatten. KSZE-Dokumente dienten Bürgerrechtler im Sowjetimperium als Berufungsgrundlage für ihre Forderungen. Von erstrangiger Bedeutung war, dass das Sowjetimperium im wirtschaftlichen Wettlauf hoffnungslos ins Hintertreffen geraten war. Die Rüstung fraß an den Ressourcen des Ostblocks. Die militärische Niederlage, die die Sowjetunion nach ihrem Einmarsch in Afghanistan erlitt, begann auf das Denken in Moskau zu wirken. Im Hintergrund lauerte das mächtige Rotchina, das sich seit Mitte der siebziger Jahre den USA angenähert hatte. Zudem lasteten auf der im Sowjetimperium real gewordenen marxistisch-leninistischen Doktrin die Erinnerungen an die Verbrechen, an die Millionen und Abermillionen von Menschenopfern, die den Weg dieser Doktrin gesäumt hatten: in der Sowjetunion und wo immer in der Welt diese die Oberhand gewonnen hatte – von den Todeslagern Stalins bis zu den Millio-

nenmorden des Pol-Pot-Regimes in Kambodscha.

Der KSZE-Prozess, der nach den ursprünglichen Absichten der Sowjetunion die Systemkonkurrenz beruhigen sollte, hatte sich in eine weltweit offene Bühne des Systemvergleichs gewandelt, um so den Bibelsatz über den falschen Propheten zu beweisen: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“ Die Früchte waren die materiellen Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Doktrin. Zu erkennen galt es, was das Wesen dieser Doktrin war.

Auf dem Hintergrund dieser Weltlage fanden die Wahl des polnischen Papstes und der erste Besuch in seiner Heimat im Sommer 1979 statt. Welche umstürzende Wirkung diese beiden Ereignisse hatten, lässt sich am besten an dem ablesen, was Jaruzelski, der letzte kommunistische Staatschef Polens, dazu in seine Memoiren schrieb:

„Helsinki. Für die Gemeinschaft der Länder des Paktes markierte die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa das Ende langjähriger diplomatischer Bemühungen. ... Breschnew, einer der größten Sieger dieses noch nie dagewesenen Gipfels, ... die Breschnew-Doktrin ... die Unantastbarkeit der Grenzen in Europa, Jalta also, anerkannt. ... In diesem August 1975 konnten wir also vernünftigerweise annehmen, dass die Gemeinschaft der Länder – Polen im Besonderen – in eine lange Periode der Stabilität ... eintreten würde. Doch keiner hatte in seine Planungen das Ereignis einkalkuliert, das der Ideologie, so wie wir sie verstanden, völlig entgegenlief: die Wahl von Kardinal Wojtyla an die Spitze des Vatikans. ... Als das Flugzeug des Papstes im Juni 1979 nach einem neuntägigen Besuch vom Warschauer Flughafen abhob, stießen wir alle einen Seufzer der Erleichter-

ung aus. ... Ich frage mich, ob irgendeiner der politischen Führer des Landes oder der Verantwortlichen der Kirche die Wirkung dieses Besuches begriffen hatte, ob irgendjemandem bewusst war, dass danach nichts mehr so sein werde wie vorher.“

Die Wahl des Papstes und dessen erster Besuch in seiner Heimat im Jahre 1979 lösten dort den friedlichen Volksaufstand aus, der, vom Streik der Danziger Werftarbeiter ausgehend, zur Gründung der Gewerkschaft Solidarität führte und sich bald über ganz Polen ausbreitete, Millionen von Polen erfasste und am Ende den Elektriker Lech Wałęsa an die Spitze des polnischen Staates tragen sollte.

Was trug der Papst dazu bei? Die polnische Regierung wird nur mit einem freundlichen „Dankeschön“ für den Empfang und für die gute Organisation des Besuches bedacht, die Kommunistische Partei nicht mit einem Wort erwähnt. Da der Papst die Partei und deren Ideologie wie „Luft“ behandelte, wertete er sie als Gegner ab, machte sie zu einem Faktor, der abgewirtschaftet hatte.

Fundamentalopposition

Die Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen geschah sowohl bei diesem ersten als auch bei den 1983 und 1987 noch folgenden Besuchen in Polen auf indirekte pastorale Weise: durch die Verkündigung der christlichen Lehre, die der kommunistischen, atheistischen Staatsreligion, wie jeder wusste, so ganz entgegengesetzt war. Mit Johannes Paul II. betrat ein Mann die Bühne, der mehr als jeder andere auf dieser Welt eine Fundamentalopposition gegen die kommunistische Doktrin verkörperte. Hundertfache Erfahrungen aus mehr als dreißig Jahren Umgang mit der kommunistischen Herrschaft hatten ihn befä-

higt, tiefer zu schauen und die Brüchigkeit dieser Herrschaft zu erkennen. Es war das christliche, über das materielle hinausweisende Menschenbild, das sich durch ihn zu Wort meldete; es war das christliche Geschichtsverständnis, nach welchem Geschichte neben allem, was in dieser lebendig sein mag, auch Heilsgeschichte ist; es war die christliche Friedensbotschaft; es war die christliche Soziallehre. Vor allem zu Letzterer gab es in Polen zwischen dem Papst und dem Volksaufstand der Solidaritätsbewegung eine vollkommene Ideenidentität. Nie kam dies so deutlich zum Ausdruck wie bei der Predigt des Papstes vor den Danziger Werftarbeitern bei seinem Besuch im Jahre 1987, die er ganz der Erläuterung der christlichen Soziallehre widmete. Der ihr entnommene Begriff „Solidarität“ war zur Lösung der Arbeiter geworden, die die Perversion umzustürzen trachteten, die der Marxismus-Leninismus aus den humanistischen Zielen der Arbeiterbewegung des neunzehnten Jahrhunderts gemacht hatte. Die politische Sprengkraft der Botschaft des Papstes hatte noch andere Wurzeln: Er nahm die Legitimation, für die Nation zu sprechen, für die katholische Kirche in Anspruch. Bittere Geschichtserfahrungen seiner Nation kamen dem Papst dabei zu Hilfe. Jeder Pole wusste, dass die Kirche die nationale Identität bewahrt und gerettet hatte, seit das Land mit der letzten polnischen Teilung im Jahre 1795 unter die Herrschaft von Russen, Preußen und Österreichern gelangt war. 120 Jahre hatte es gedauert, bis der polnische Staat nach dem Ersten Weltkrieg wiedererstanden war. Pole zu sein und katholisch zu sein war kaum zu trennen. In geradezu militanter Form knüpfte der Papst an die nationalen Erinnerungen Polens an, als er am 17. Juni 1983 während einer Messe im Warschauer Stadion „Dziesięciolecia“ den

Sieg des polnischen Königs Jan II. Sobieskis 1683 über die türkische Armee, die Wien belagerte, in das Bewusstsein rief – den Sieg, der damals Wien rettete und als Rettung Europas vor der Türkengefahr gefeiert wurde. „Venimus, vidimus, deus vincit“, habe der König nach der Schlacht dem Papst gemeldet („Wir kamen, wir sahen, Gott siegte“). Stolz hörten die Hunderttausende im Stadion, die Millionen Polen an den Bildschirmen den Papst diesen polnischen Nationalhelden zitieren. Die Parteidirektoren, die dem Papst zuhörten, beschlichen aber wohl andere Gefühle. War damit nicht vielleicht die Vorhersage des Sieges über den Kommunismus gemeint, den die polnische Nation einmal dem Papst melden werde? Mit der Wahl des Papstes, seinem Besuch in seiner Heimat begann das Grollen in der polnischen Volksseele, dem das kommunistische, der Nation fremde Regime immer hilfloser gegenüber stand. Wie auch sollte es sich verteidigen? Dieser Mann, der Papst, ein Pole, kam als Mann des Friedens. Er predigte soziale Gerechtigkeit. Gehörte nicht beides auch zu dem Partei- und Staatsprogramm?

Johannes Paul II. konnte nicht wie die westliche Allianz in der Ost-West-Rivalität Waffen und Warenangebote auf die Waage legen. Dennoch war seine Opposition gegen die marxistische Doktrin substanzgeladener als die der Allianz, da sie tiefer in den Bereich der Überzeugungen eindrang – in die Dimensionen des Seins, aus denen wir Menschen Lebenssinn und Orientierung schöpfen. Umwälzungen brauen sich zuerst in den Überzeugungen zusammen.

Zwischen West und Ost schien zwar ein unüberbrückbarer Graben zu bestehen: hier Freiheit und wirtschaftliche Prosperität – dort Unfreiheit und wirtschaftliche Stagnation. Gleichwohl gab es im Westen – anders

als in der Botschaft, die von dem Papst ausging – einen sehr gemischten Chor von Auffassungen über die Ost-West-Rivalität. Auch Annäherungen an marxistische Denkmuster gab es zur Genüge, was beispielsweise den tschechoslowakischen Dramatiker Pavel Kohout im Dezember 1989 veranlasste, deutschen Schriftstellern zu sagen: „Sie müssen selbst analysieren, warum sie uns in den siebziger Jahren fallen ließen, warum sie, statt zu den Geschlagenen zu halten, lieber mit den Schlägern paktierten.“

Wie reagierte das Sowjetimperium? Am 13. Mai 1981 streckt ein Attentäter den Papst auf dem Petersplatz mit Pistolenbeschuss nieder. Die Ermittlungen, die der Festnahme des Täters folgten, gaben Hinweise auf eine Urheberschaft des bulgarischen Geheimdienstes. Da dieser zu jener Zeit, wie jeder Mann wusste, eine Filiale des Moskauer KGB war, gehörte nicht viel dazu, um daraus zu schließen, wo die Verantwortlichen für das Attentat saßen. Auch die Stasi der DDR wirkte als Handlanger der Attentäter bei der Spurenverwischung mit. Von Ostberlin aus wurde mit gefälschten Dokumenten die Version verbreitet, dass rechtsextreme türkische Kreise die Hintermänner des Attentates gewesen seien.

Drohender Einmarsch

Seit 1980 hing noch eine weitere dunkle Wolke drohend über der Entwicklung: die Möglichkeit eines Einmarsches der Truppen der „Bruderstaaten“ des Warschauer Paktes in Polen, um den Volksaufstand der Solidaritätsbewegung niederzuschlagen. Es gab Drohungen durch Manöverdemonstrationen. Die Meinungen in der Sowjetführung und den „Bruderstaaten“ waren geteilt. Honecker für die DDR, Ceausescu für Rumänien forderten den Einmarsch; Ka-

dar für Ungarn und Husák für die CSSR sprachen dagegen. Es blieb schließlich bei dem in Polen Ende 1981 ausgerufenen Kriegsrecht, mit dem hart und brutal durchgegriffen wurde und das auch einige Blutopfer kostete, aber gleichwohl weniger folgenreich war, als es ein massiver Truppeneinmarsch von außen gewesen wäre.

Die Entscheidung der Warschauer-Pakt-Staaten, in Polen nicht einzumarschieren, war die „Vorwende“. Die Breschnew-Doktrin wurde nicht mehr mit ganzer Konsequenz angewendet. In den Augen der Gralshüter des Marxismus-Leninismus war die Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen zudem ideologisch anrüchig. Denn die Partei musste hinter der Armee in das zweite Glied rücken.

In den westlichen Ländern war man über das, was im Osten geschah, unterschiedlicher Meinung. Dass die waffenstarrende Sowjetarmee von Walesa und den Danziger Werftarbeitern mit einem Kreuz in den Händen und dem Emblem der Madonna von Tschenstochau im Knopfloch in die Schranken gewiesen werden konnte, traf dort nicht überall auf Verständnis. Nun, in der Tat ging es damals im Osten nicht nur um religiöse Überzeugungen, sondern es gab natürlich auch den handfesten Wunsch nach Teilhabe an der Westwirtschaftswunderwelt. Doch wollten die Bewohner der Länder des Sowjetimperiums den dort herrschenden Materialismus nur durch einen neuen, effizienteren, mehr Reichtum versprechenden westlichen Materialismus ersetzen?

Revolutionsziele

Sämtliche Vordenker der Revolution hatten anderes im Sinn: Sacharow, der Atomphysiker, erster Bürgerrechtler der Sowjetunion, die Danziger Werftarbeiter, Václav

Havel in der CSSR, die DDR-Kerzenrevolutionäre, die, aus den evangelischen Kirchen heraustratend, den Sturz des Regimes einleiteten. Das Materielle mag sich an der Oberfläche der Entwicklung greifbar gezeigt haben, die inneren Antriebskräfte aber kamen von woanders. Es war das in der menschlichen Natur schlummernde Freiheitsbedürfnis, das sich gegen die materialistische Vergewaltigung auflehnte und seine Souveränität zurückverlangte.

Kardinal Casaroli zog, als er noch das Staatssekretariat des Heiligen Stuhles leitete, in einer Rede vor der Theologischen Akademie Krakau am 2. Juni 1990 wie folgt eine Bilanz des Geschehenen:

„Der Irrtum jener Ideologien war die Missachtung von nicht zu unterdrückenden Bedürfnissen des Menschen; Bedürfnissen, gebunden an das Bewusstsein seiner Personenwürde und an sein unbesiegbares Streben nach jener, die Verpflichtungen für das Gemeinwohl, das ‚bonum comune‘, berücksichtigenden Freiheit, ohne die der Mensch sich nicht mehr als Mensch fühlt. Er lehnt sich früher oder später auf und zieht oft den Tod der Knechtschaft oder der Eingliederung in ein System vor, das seine Individualität über Gebühr einzuschränken oder auszulöschen sucht. Noch schwerwiegender war zweifellos der Eingriff in die intimste und eifersüchtig gehütete Sphäre des Menschen – ins Heiligtum seines sittlichen und religiösen Gewissens, das auch in jenen Menschen pocht, die es anscheinend nicht hören wollen, aber doch nicht ertragen, wenn andere – Staaten oder Parteien – darüber verfügen wollen.“

Rückwirkung auf die Sowjetunion

Es liegt auf der Hand, dass die Entwicklungen in Polen auf die Entwicklungen in

der Sowjetunion zurückwirkten und auch in Moskau im März 1985 bei der Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU eine Rolle spielten. Wohl kaum jemand im Zentralkomitee der KPdSU dachte damals daran, dass am Ende der Amtszeit von Gorbatschow die Auflösung des Sowjetimperiums stehen werde – am wenigsten dieser selbst. Gorbatschow wollte das Sowjetimperium reformieren, ihm neuen Glauben an sich selbst, neuen Schwung also einflößen, die Stagnation der Brezhnev-Zeit beenden. *Perestroika* und *Glasnost* dienten dem. Endziel war die Schließung der Lücke zwischen den Ansprüchen der Doktrin und den mageren Wirklichkeiten, die diese gezeigt hatte. Die Tragik von Gorbatschow lag darin, dass er sich im Zuge der Reformen schrittweise den Irrtümern der marxistisch-leninistischen Doktrin annäherte und in einem schleichenden Prozess dahin gedrängt wurde, die Grundannahmen dieser Doktrin infrage zu stellen. Auch seine Überzeugungen trieben ihn dazu. Die weltgeschichtliche Größe dieses Mannes besteht darin, dass er seinen Überzeugungen treu blieb, als das Sowjetimperium unter ihm zerbrach, und dass er deswegen auch nicht bereit war, dieses System mit Gewalt zu verteidigen. Sage niemand, dass er es nicht gekonnt hätte – hätte er es gewollt. Wenn die Menschheit Gorbatschow Dank schuldet, dann aus diesem Grund.

In höchstem Maße aufschlussreich dafür, was sich damals unter der Oberfläche an machtvollen Veränderungen vollzog, sind die persönlichen Beziehungen zwischen Gorbatschow und dem Papst. Erzfeinde waren doch die Generalsekretäre der KPdSU und die Päpste bis dahin gewesen, die Antipoden der beiden geistigen Zentren, die

wie Feuer und Wasser einander entgegen gestanden hatten.

Ich war in Rom Zeuge des ersten, damals allgemein als historisch bezeichneten Treffens zwischen Gorbatschow und dem Papst im Vatikan am 1. Dezember 1989. Von dem Inhalt der Gespräche drang zwar nichts an die Öffentlichkeit, man konnte aber beobachten, wie entspannt und freundschaftlich die beiden miteinander umgingen. Raissa, die Frau Gorbatschows, hielt zufrieden den Rosenkranz in Händen, den ihr der Papst geschenkt hatte. Auf Nachfragen im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls nach dem Inhalt der Gespräche war damals nur zu hören: „Oh, die beiden Slawen haben sich doch sehr, sehr gut verstanden.“

Es blieb nicht bei diesem Kontakt. Erzbischof Colasunno, der zwischen 1990 und 1994 Sonderbeauftragter des Papstes in Moskau gewesen war, schildert, Gorbatschow habe ihm in zwei Gesprächen erläutert, dass er, wenn er bei der Vorbereitung von Reden oder Schriften mit seinen Gedanken festgefahren gewesen sei, sich auch Texte von Aussagen des Papstes zu sozialen Fragen habe geben lassen, um diese in seine Überlegungen einzubeziehen. Die christliche Soziallehre – die Botschaft des Friedens, die Botschaft von der Freiheit des Arbeiters und des Kapitals, der Gedanke der Solidarität, des Dienstes an den Menschen, dem alles Wirtschaften untergeordnet sein müsse – sei, so meinte Colasunno, das kräftigste ideologische Gegenmodell zur kommunistischen Lehre gewesen. Es ist in der Tat eine ganz und gar erstaunliche Feststellung, dass sich der letzte Generalsekretär der KPdSU, ehemals oberster Gralshüter der Lehre des Marxismus-Leninismus, politische Inspirationen aus der christlichen Soziallehre holte.

Gorbatschow selbst hat sich später in seinen Memoiren sowie im März 1992 in einem Artikel in der italienischen Zeitung *La Stampa* ausführlich über sein Verhältnis zu Johannes Paul II. geäußert. Er preist den Papst als eine außerordentliche Persönlichkeit, einen großen Humanisten. Einen intensiven Briefwechsel habe er mit ihm geführt. In seiner Nähe habe er die Bedeutung verspürt, die der Papst bei der Schaffung des neuen politischen Gedankengutes hatte. Der Artikel in *La Stampa* gipfelt in der Feststellung: „... dass all das, was in Osteuropa in den letzten Jahren geschehen ist, nicht möglich gewesen wäre ohne die Präsenz dieses Papstes, ohne die große, auch politische Rolle, die er auf der Weltbühne zu spielen fähig war.“

Eine historisch wohl noch bedeutsamere Feststellung als das zuvor Gesagte ist die Tatsache, dass Gorbatschow sich am Tage vor seinem ersten Treffen mit dem Papst in Rom von den Kernaussagen der marxistisch-leninistischen Doktrin lossagte, also die Revolution, die er von oben vorantrieb, öffentlich jedermann bekannt machte. Am 30. November 1989 hielt er auf dem römischen Kapitol eine Rede, die sehr aufhorchen ließ. Seine Gedanken gingen in folgende Richtung:

Unsere Zeit steht an einem Scheideweg des Schicksals. Eine materielle Kultur entwickelt sich mit großer Schnelligkeit. Noch leben viele in Armut. Um einen Ausweg zu finden, ... müssen wir uns auf die zeitlosen moralischen Forderungen stützen, die einfachen Gesetze von Moral und Menschlichkeit.

Wörtlich sagte er: „Sie mögen sagen, dass in all dem nichts neu erscheint. Dennoch gibt es hier vieles, das neu und wichtig ist. Wir haben den Anspruch aufgegeben, das Monopol der Wahrheit zu besitzen, nicht mehr

zu denken, dass wir die Besten sind und immer Recht haben, dass die, die mit uns nicht einverstanden sind, unsere Feinde sind.“ In höchstem Maße aufschlussreich dafür, wie sehr in der westlichen Welt die Antennen dazu falsch ausgerichtet waren, was sich im Sowjetimperium unter der Oberfläche an Veränderungen vollzog, ist die Tatsache, dass dort die Kernsätze der Rede Gorbatschows auf dem Kapitol vom 30. November 1989 keine Zeitungsschlagzeile und keine Agenturblitzmeldung wert waren.

Es war logisch, dass der geistigen Entmachtung des Marxismus-Leninismus, das heißt der Aufgabe des Wahrheitsmonopols, die Entmachtung der KPdSU in der Verfassungsordnung, das heißt die Aufgabe des Machtmonopols, folgte. Gorbatschow stellte sich, als er an dieser Frage nicht mehr vorbeikommen konnte, wieder einmal an die Spitze der Entwicklung, indem er während des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU Anfang Februar 1990 selbst vorschlug, im Kongress der Volksdeputierten den Antrag auf Streichung des Artikels 6 der Verfassung zu stellen, das heißt den Vorrang der KPdSU im Machtgefüge des Staates aufzugeben. Mit dem Vollzug dieses Antrags war die Sowjetunion des alten Typs tot, die Revolution vollendet. Als Gorbatschows Gegenspieler Jelzin am 12. Juni 1990 den Austritt Russlands aus der Sowjetunion erklärt hatte, der Putschversuch der Altkommunisten Mitte August 1990 gescheitert war, Jelzin die KPdSU auf dem Gebiet Russlands am 6. November 1990 verbot – da zeigte es sich: Nach der Aufgabe des Wahrheits- und Machtmonopols waren nur noch Fassaden eines Gebäudes geblieben, das dann aber bald ganz zusammenstürzte, da die Säulen gefallen waren, die es von innen her getragen hatten.

An der Schwelle zu den achtziger Jahren hatte das Sowjetimperium den Höhepunkt seiner Machtentfaltung erreicht – auf den Trümmern des Zarenregimes zu Ende des Ersten Weltkrieges errichtet, aus dem Zweiten Weltkrieg nach der Hitler-Invasion gestärkt hervorgegangen, von Stalin zusammengeschmiedet, von dessen Nachfolgern Schritt für Schritt befestigt. Nach einer irgendwann in jenen Jahren anzusetzenden Geschichtsskunde begann das Zurückfluten, nachdem die Wirklichkeit erwiesen hatte, dass die marxistische Doktrin ihre Versprechen nicht halten konnte.

Die welthistorische Bedeutung der Wahl von Johannes Paul II. lag darin, dass sie genau in die Situation hineinfiel, in der die Welle der marxistischen Weltidee den Höhepunkt der Machtentfaltung erreicht hatte – zugleich aber auf Grund ihrer offenbar gewordenen Schwächen, Irrtümer und Verbrechen der Abbruch begann. Seine Wahl, sein erstes Auftreten in Polen lenkten den damals schwankenden, Orientierung suchenden Gang der Geschichte in eine neue, hoffnungsvollere Richtung. Mit der Wahl Gorbatschows in Moskau im März 1985 schwenkte die Politik der Sowjetunion in diese neue Richtung ein.

Die Gunst der Zeit

Man hat den vorgeschilderten Auffassungen schon einmal entgegengehalten: „Na ja! Das ist ja alles schön und gut, was Sie da sagen. Aber der Kommunismus wäre doch auch ohne diesen Papst zusammengebrochen.“ Darauf ist dreierlei zu erwidern.

Erstens: Eine historische Studie kann nur dann trachten, der klassischen Forderung an die Geschichtswissenschaft gerecht zu werden, nämlich aufzuhelfen, „wie es eigentlich gewesen ist“. Wer sich aber empiri-

risch und ganz nüchtern in dem Rahmen der Antworten auf diese Fragestellung hält, wird zu der Feststellung kommen, dass die Entwicklung so verlief, wie ich sie schilderte.

Zweitens: Wer danach fragt, was gekommen wäre, hätte es diesen Papst nicht gegeben, gerät auf das Gebiet unsicherer Spekulationen. Die Entwicklung, die zu der Wende hinführte, ist ein Lehrstück dafür, dass Geschichte nie ganz determiniert ist. In keiner Konstellation von Himmelsgestirnen war vorherbestimmt, dass es so kommen müsse, wie es kam. Die Wirklichkeit, die Tatsachen, die sich zu der Entwicklung zusammengefügt hatten, waren immer wieder an Wegscheiden angelangt, an denen sie unschlüssig mit der Frage verharerten, wohin es denn nun weitergehen solle. Solche Situationen, Sachzwänge können mit Unerbittlichkeit heranreifen.

Die Gunst der Zeit, glückliche Fügungen hatten es gewollt, dass an diesen Wegscheiden Menschen warteten, die die Entwicklung verantwortlich dorthin leiteten, wohin sie dann tatsächlich verlief. Es hatte viele solcher Wegscheiden gegeben.

Was wäre geschehen, hätten die Kardinäle in Rom im Oktober 1978 nicht den Krakauer Kardinal Wojtyla, sondern einen der auch zur Diskussion gestandenen italienischen Kardinäle Benelli oder Siri auf den Stuhl Petri erhoben? Was wäre geschehen, hätte Breschnew 1981 den Einmarsch in Polen befohlen? Wie wäre in Deutschland die Entwicklung verlaufen, hätte Hans Dietrich Genscher 1982 nicht die Koalition mit dem von seiner eigenen Partei in zentralen Fragen der Allianz im Stich gelassenen Bundeskanzler Schmidt verlassen und den Weg für die Wahl von Helmut Kohl freigemacht?

Was wäre der Gang gewesen, hätte die sowjetische Führungsgarde im März 1985

nicht den Reformer Gorbatschow auf den Stuhl des Generalsekretärs der KPdSU gesetzt, sondern einen ihrer Konservativen – so etwa Romanow, den Parteisekretär von Leningrad, oder Grischin, den von Moskau? Was wäre gekommen, wäre Gorbatschow seinen Überzeugungen untreu geworden, hätte er also das Steuer auf den Weg zum Gewaltkommunismus zurückgelenkt? Alles dieses wissen wir nicht, und es ist ganz unseriös, sich darüber den Kopf zu zerbrechen.

Drittens: Die sozialistische Weltidee mochte abgewirtschaftet haben. Aber es war nicht vorherbestimmt, dass sie sich friedlich verabschieden werde. Es hätte alles auch in Blut und Tränen enden können. Die Wahl von Johannes Paul II., der friedliche Volksaufstand, den diese in Polen auslöste, die Friedensbotschaft, die davon ausging, waren die solidesten Pfeiler für die Brücke, die die Politik danach beschritt: die Ost-West-Konfrontation friedlich zu beenden.

Was aber folgt daraus für uns Deutsche? Die deutsche Frage, die Teilung unseres Landes, war nie die Ursache des Ost-West-Gegensatzes. Sie war dessen Folge. Sie war aber von kapitaler Bedeutung, weil sich auf dem Boden unseres geteilten Landes in verdichteter Form alles noch einmal wiederfand, das diesen Gegensatz ausmachte – in nochmals verdichteter Form in der geteilten Stadt Berlin. Erst als sich der Gegensatz in seiner Substanz auflöste, stellte sich auch die deutsche Frage neu. Und als dies so weit war, konnte Bundeskanzler Kohl die Entwicklung resolut in Richtung Vereinigung der vierzig Jahre getrennt gewesenen Teile unseres Vaterlandes lenken.

Aber auch für diese gilt: Es begann mit Johannes Paul II. – es begann in Polen.